

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentell: Edward Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Einheitliche Arbeiterorganisation.

Im verflochtenen Sommer hat der Vorsitzende der Generalkommission, Carl Legien, vor den Königsberger Arbeitern einen Vortrag gehalten. Nach dem über diese Versammlung erschienenen Bericht soll Legien u. a. ein Gespräch erwähnt haben, daß er mit dem Reichskanzler geführt hat. Bethmann Hollweg habe gemeint, ob es nicht möglich sei, eine einheitliche Arbeiterorganisation zu schaffen. Das habe Legien verneint. Die Gewerkschaften seien unter dem Einfluß politischer Parteien entstanden, und dieser lebendige politische Einschlag müßte erhalten bleiben. Ein Kartellverhältnis, das der Reichskanzler angeregt habe, könnte möglich sein, doch wäre es damit vorbei, wenn die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß des Zentrums für Zölle und indirekte Steuern eintreten würden. Durch den sozialistischen Geist seien unsere Organisationen über die Gewerkschaften anderer Länder weit hinausgewachsen.

Diese Mitteilungen aus dem Vortrag von Legien haben ungewöhnlichen Aufsehen erregt. In der Presse ist dieser Gedanke nach den verschiedensten Richtungen kommentiert worden; merkwürdigerweise hat aber niemand daran gedacht, nachzuprüfen, ob Legiens Worte richtig wiedergegeben wurden. Legien selbst hat sich unseres Wissens nicht darüber geäußert, ob der Zeitungsbericht über seine Rede im ganzen oder wenigstens in dem hier in Betracht kommenden Teil richtig war, und das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ hat bisher weder von der Legienschen Rede, die um die Mitte Juli gehalten wurde, noch von den an sie geknüpften Kommentaren Notiz genommen. Es ist sicher kein Zufall, daß die berufensten Stellen gegenüber einer Angelegenheit, die in der Öffentlichkeit ein starkes Echo erregt hat, eine solche Zurückhaltung üben.

An der angeblichen Unterhaltung fällt am meisten auf, daß sie mit dem Reichskanzler gepflogen wurde, und daß dieser angeregt haben soll, die Arbeiterorganisation zu vereinheitlichen oder wenigstens ein Kartellverhältnis zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen anzustreben. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die Zusammenfassung der Arbeiter in einheitliche Organisationen unsere Macht und unsern Einfluß bedeutend stärken würde. Bisher ist aber nichts bekanntgeworden, was darauf schließen ließe, daß der Reichskanzler eine solche Stärkung der Arbeiterschaft als wünschenswert erachte. Bis zum Ausbruch des Krieges hat sich die vom Reichskanzler vertretene Politik stets in entgegengekehrtem Sinne betätigt. Während der Kriegsdauer wurde den Gewerkschaften allerdings eine wohlwollendere Beachtung geschenkt. Man hat Wünsche und Forderungen der Arbeiterorganisationen entgegengenommen. Ihre Ratschläge wurden mitunter, freilich meist erst spät und unvollkommen, berücksichtigt. Aber wir leben während des Krieges unter außerordentlichen Verhältnissen; wie es nach dem Kriege werden wird, weiß man nicht.

Für die Zeit nach dem Kriege ist eine „Neuorientierung“ in Aussicht gestellt worden. Das sind aber leere Versprechungen ohne Inhalt. Wird es doch sorgfältig vermieden, mit dieser vielgerühmten „Neuorientierung“ praktisch zu beginnen oder auch nur ihre Ziele näher zu umschreiben; Grund genug, den Versprechungen zu mißtrauen. Die Arbeiter müssen sich darauf gefaßt machen, daß sie nach dem Kriege wieder um ihre elementarsten Rechte werden kämpfen müssen. Das sind Schlüsse, die sich aus der Beobachtung der politischen Vorgänge von selbst ergeben, und die es wenig glaubhaft erscheinen lassen, daß sich der Reichskanzler für die Stärkung der Arbeitermacht interessiert.

Gleichviel jedoch, ob die Anregung dazu vom Reichskanzler ausgeht oder nicht, die Vereinheitlichung der Arbeiterorganisationen oder, richtiger, der Gewerkschaften ist ein Gedanke, der ernste Beachtung verdient. Man darf sich aber darüber nicht täuschen, daß wir von der Verwirklichung dieses Gedankens noch recht weit entfernt sind. Die Schwierigkeiten, die sich einer Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen entgegenstellen, mögen dem, der die Dinge aus der Entfernung betrachtet, gering erscheinen, sie wachsen aber, je ernster man das Problem ins Auge faßt. Diese Schwierigkeiten sind in den angeblichen Worten von Legien angedeutet.

Die Gewerkschaften sind tatsächlich unter dem Einfluß politischer Parteien entstanden. Wie für die freien Gewerkschaften die Sozialdemokratie, so war für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Liberalismus und für die christlichen Gewerkschaften die Zentrumspartei Geburthsheiferin. Damit ist aber nicht gesagt, daß diese politischen Parteien einen bestimmenden Einfluß auf die einzelnen Handlungen und Beschlüsse der ihnen nahestehenden Gewerkschaftsgruppen ausüben. Wenn diese ihre Unabhängigkeit und parteipolitische Neutralität betonen, so sind sie, und das gilt für alle Gewerkschaftsgruppen, dazu durchaus berechtigt. Aber trotzdem liegt es in der Gesamthaltung der einzelnen Gewerkschaftsgruppen der Gei, der ihnen nahestehenden politischen Partei; das zu leugnen, wäre unehrlich.

Bei den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften tritt der Zusammenhang mit der politischen Partei

äußerlich am wenigsten in Erscheinung; keiner ihrer namhaften Führer besitzt ein parlamentarisches Mandat. Das beweist aber nicht das Fehlen von Beziehungen zum politischen Liberalismus, sondern nur die geringe Wertschätzung, der sich die Arbeiterschaft bei der hier hauptsächlich in Frage kommenden Freistimmigen Volkspartei erfreut. Man braucht hierbei noch nicht ohne weiteres an bösen Willen zu denken, die tatsächlichen Machtverhältnisse beeinflussen den gegebenen Zustand. Die Volkspartei hat keine große Auswahl sicherer Parlamentsmandate, die sie verteilen könnte. Das kommt wiederum daher, daß der Anhang der Gewerksvereine so gering ist, daß er bei den Parlamentswahlen wenig ins Gewicht fällt. Der Geist des politischen Liberalismus, der die Gewerksvereine beherrscht, übt auf die Arbeiter nur geringe Anziehungskraft aus. Deshalb sind die Gewerksvereine verhältnismäßig schwach, und das ist wiederum der Grund dafür, daß ihnen der Freisinn die geleisteten Dienste nicht in erwarteter Maße lohnt.

Bei den christlichen Gewerkschaften ist der Zusammenhang mit der Zentrumspartei deutlicher. Alle namhaften Führer der christlichen Gewerkschaften sind zugleich politisch für das Zentrum tätig; daß man aus politischer Berechnung auch einige Konzeptionschulzen duldet, ist praktisch bedeutungslos. Beachtlicher ist es, daß das Zentrum den ihm anhängenden Arbeitern einige Mandate in den Parlamenten zugestanden hat. Dieses Zugeständnis haben sich aber die Zentrumsarbeiter erst erkämpfen müssen. Erst seitdem die christlichen Gewerkschaften erstarkt sind, wird bei der Verteilung der Zentrumsmandate einige Rücksicht auf die Arbeiterwünsche genommen. Die Zentrumspartei erachtet es als einen unbedingten Vorwurf, wenn ihr nachgesagt wird, sie sei eine konfessionelle Partei. Wir wollen darüber nicht rechten, sondern nur auf die tatsächlichen Verhältnisse verweisen. Ähnlich verhalten sich in dieser Beziehung auch die christlichen Gewerkschaften. Wenn diese weiter ihre Unabhängigkeit von der Zentrumspartei betonen, dann kann man ruhig zugeben, daß die Beschlüsse der Zentrumspartei für die christlichen Gewerkschaften nicht formell bindend sind. Tatsächlich herrscht aber in den christlichen Gewerkschaften der Geist des Zentrums. Das erklärt auch deren widersprüchliche Haltung, wie es in der Zollpolitik und auch bei anderen Gelegenheiten in Erscheinung getreten ist. In solchen Fragen, in denen die Interessen der Arbeiter mit denen der im Zentrum ausschlaggebenden Schichten der bürgerlichen Klassen in Widerspruch geraten, da siegt im christlichen Gewerkschaftsführer der Zentrumsmann. Kommt dazu noch der kirchliche Einfluß, der in der christlichen Arbeiterbewegung eine große Bedeutung hat, dann wird es möglich, die christlichen Gewerkschaften für Forderungen mobil zu machen, die den Arbeiterinteressen widersprechen.

Die Beziehungen zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie leugnen zu wollen, wäre töricht. Tatsächlich sind aber beide Bewegungen selbständig; keine kann der anderen ihre Stellungnahme vorschreiben. Zwischen der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften bestehen auch wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Ziele, die sie erstreben, und der Mittel, die sie zu deren Erreichung anwenden. Aber trotzdem besteht zwischen beiden Bewegungen eine weitgehende Übereinstimmung in den leitenden Ideen. Das kommt daher, daß beide ohne jede Rücksicht auf die Sonderinteressen einer Klasse das Wohl der Arbeiter erstreben. Bei allen ihren Handlungen, sei es auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet, ist nur die Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter maßgebend. Deshalb kann es wohl Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des einen oder des anderen Schrittes geben, in den Grundgedanken stimmen sie aber überein.

Es sind Weltanschauungsfragen, welche die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen trennen. Diese lassen sich durch Mehrheitsbeschlüsse nicht entscheiden. Wir sind überzeugt, daß mit der Zeit sich bei allen Arbeitern die Erkenntnis Bahn brechen wird, daß sie als Klassenangehörigen zusammengehören, daß sie gemeinsam für das Wohl der Arbeiterschaft und nur für das Wohl der Arbeiterschaft kämpfen müssen. Aber diese Erkenntnis läßt sich nicht erzwingen. Wir vertrauen der wirtschaftlichen Entwicklung, die unserer Agitation immer kräftiger wirkende Argumente in die Hand gibt.

Für die Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen ist vorerst die Zeit noch nicht gekommen. Aber es gibt Gelegenheiten genug, die ein praktisches Zusammenarbeiten, unbeschadet der vorhandenen Gegensätze, ermöglichen, und diese Gelegenheiten werden künftig noch stärker ausgenutzt werden müssen als seither. In einer Forderung stimmen die drei Gewerkschaftsrichtungen überein. Sie drei erstreben eine Verkürzung der Arbeitszeit und einen möglichst hohen Lohn für die Arbeiter. Seitdem die Übereinstimmung in dieser grundlegenden Gewerkschaftsforderung zwischen den verschiedenen Richtungen festgestellt ist und alle drei bereit sind, im gegebenen Fall ihrer Forderung auch durch das Mittel der Arbeits-einstellung Nachdruck zu verleihen, ist der Boden für ein Zusammenwirken von Fall zu Fall gegeben.

Das ist aber keine Errungenschaft der Kriegszeit. Seit einer langen Reihe von Jahren wird ein solches Zusammen-

gehen bei Lohnbewegungen in einer großen Zahl von Berufen praktisch gelibt. Voraussetzung ist in der Regel nur, daß die bei der gemeinsamen Leitung der Bewegung beteiligten Organisationen eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern unter den in Frage kommenden Berufsgenossen haben. So kommt es auch, daß eine sehr erhebliche Zahl von Tarifverträgen von Gewerkschaften verschiedener Richtung gemeinsam abgeschlossen sind.

Auch bei allgemeinen sozialpolitischen Forderungen verfolgen die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen im wesentlichen gleiche Ziele. So waren sie z. B. schon früher gemeinsam an den Bestrebungen zur Hebung der Lage der Heimarbeiter beteiligt. An Heimarbeitertagungen nahmen Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen teil. In dieser Hinsicht hat der Krieg einen Fortschritt gebracht insofern, als die Frage der Arbeitsvermittlung zu Beginn des Jahres 1915 wohl zum ersten Male die Zentralinstanzen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu gemeinsamer Arbeit offiziell zusammenführte. Ein weiterer Schritt auf diesem Wege war die Konferenz, die anlässlich des Kongresses für Kriegsbeschädigtenfürsorge am 23. August dieses Jahres in Köln abgehalten wurde. Auch das ist ein Gebiet, auf welchem ein Zusammenarbeiten möglich ist, ohne daß einer der Beteiligten seinen Grundsätzen etwas vergibt.

Bedeutung ist der bei dieser Gelegenheit gefaßte Beschluß gegen die Gelben. Was die Gewerkschaften auch sonst trennen mag, von den Gelben trennt sie eine gemeinsame scharfe Scheidelinie. Die Gelben können nicht den Anspruch erheben, als Gewerkschaften angesehen zu werden. Ein entscheidendes Kennzeichen für die Gewerkschaften ist es, daß sie die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben, und daß sie gegebenenfalls gewillt sind, ihren Forderungen durch Arbeitseinstellung Nachdruck zu verleihen. Die gelben Vereine mögen Arbeiterorganisationen sein, aber sie leugnen den Interessengegensatz zu den Unternehmern. Ob sie eine Besserung der Arbeitsbedingungen erstreben, mag dahingestellt sein, jedenfalls lehnen sie es grundsätzlich ab, sich der gewerkschaftlichen Kampfmittel zu bedienen. Die gelben Vereine sind meist von Unternehmern direkt oder durch deren Mittelsmänner ins Leben gerufen, und sie leben hauptsächlich von den Unterstüßungen der Unternehmer. Mögen sie nun über die gemeinsame Resolution der Gewerkschaften toben, sie können als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkannt werden. Den Unternehmern, die die Gelben hätscheln und pflegen, steht es frei, sich durch Gelbe vertreten zu lassen. Wenn bei gemeinsamen Beratungen Gelbe am Tisch der Unternehmer Platz nehmen, um Unternehmerinteressen zu vertreten, wird man sich damit abfinden müssen; als Arbeitervertreter können sie nicht anerkannt werden.

Durch den gemeinsamen Beschluß gegen die Gelben ist das Zusammenwirken der Gewerkschaften kräftig unterstrichen worden. Man wird sich aber hüten müssen, zu weitgehende Schlüsse daraus zu ziehen. Keine der beteiligten Gewerkschaftsrichtungen will dadurch auf ihre besondere Eigenart verzichten, und von einer Verschmelzung kann auf absehbare Zeit keine Rede sein. Aber die Befristung, im gegebenen Fall zusammenzutreten zur Verfolgung gewerkschaftlicher Ziele, ist an sich schon wertvoll. Etwas Neues ist damit nicht geschaffen, der Abschluß formeller Kartellverträge ist vorerst nicht nötig und auch kaum möglich. Wir käufchen uns auch nicht darüber, daß gelegentlich wieder die Gegensätze schärfer betont und die Weltanschauungen heftiger aufeinanderprallen werden. Der Schaden ist nicht groß, wenn man sich nur an allen Stellen bewußt bleibt, daß zur Erringung unmittelbarer gewerkschaftlicher Erfolge die Arbeiter zusammenstehen müssen.

Die bayerische Holzberufsgenossenschaft im Jahre 1915.

Aus München wird uns geschrieben:
M. H. Der Verwaltungsbericht der bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft gibt heuer einen kleinen Uebersicht, in welcher Weise der Krieg auf die in ihren gemeldeten Betrieben beschäftigten Arbeiter eingewirkt hat. Die Zahl der Betriebe, welche sich im Jahre 1914 um 110 auf 10 710 erhöht hatte, sank im Berichtsjahr um 52 auf 10 658. In weit höherem Maße ging die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurück. Im Jahre 1913 waren 52 228 Holzarbeiter beschäftigt worden, im Jahre 1914 noch 46 692 und im Jahre 1915 nur 29 633. Es ist dies eine Verminderung gegenüber dem Stand im Jahre 1913 um 22 595 oder 43,3 Prozent. Die Lohnsumme, welche im Jahre 1913 55 901 166 M. betrug, fiel im Berichtsjahre auf 32 262 954 M. oder um 42,3 Prozent. Das heißt, der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst eines Holzarbeiters stieg von 1070,33 M. im Jahre 1913 auf 1087,65 M. im Jahre 1915.

Der Bericht enthält eine Aufstellung, aus welcher sich die Verteilung der wichtigsten Zahlen auf die einzelnen Berufszweige ergibt. Wir haben die dort angegebenen Lohnsummen auf den Kopf des Holzarbeiters berechnet und erhalten dann folgende Uebersicht:

Gewerbegruppe	Zahl der Betriebe am 31. Dezember 1915	Zahl der Arbeiter	Durchschnittlicher Jahresverdienst eines Arbeiters in M.
Holzzurichtung und Konserverierung	1356	6165	1057,02
Verfertigung von Holzstiften, Blindholzleuten, Holzwolke usw.	53	623	826,32
Verfertigung von groben Holzwaren	247	2933	1061,03
Schreinereien ohne Maschinen	4308	2028	1123,59
mit Kraftbetrieb	2541	5682	1305,22
Kartoffelfabrikation	8	94	1061,97
Rahmenfabrikation	65	514	1170,93
Böttcherei, Fassfabrikation	207	694	1246,62
Korbmacherei	85	2919	981,44
Weberei und Flecherei von Holz, Stroh, Bast und Winsen	29	33	717,04
Dreherei u. Schnitzwarenerfertigung	414	1265	1012,70
Korbschneiderei	5	349	908,94
Verfertigung von Rämmen, Blisten, Pinseln und Federpfeifen	208	2597	977,94
Stoß- und Schmirfabrikation	15	291	826,37
Holz- und Schnitzwarenergoldung	34	151	1292,44
Stellmacherei, Wagenbauanstalten	1048	682	1102,21
Kleingewerbe, Palmfabriken	4	29	897,35
Schreibtafelabrikation	9	252	745,06
Verfertigung von Klei- u. Farbstiften	21	2337	1026,26
Färberei von Holz und Stroh	1	25	1285,44
Zusammen	10658	29663	1087,65

Der Bericht über die Unfälle kann nicht gerade als ein Muster von Klarheit bezeichnet werden. So fehlt z. B. jeder Nachweis über die Folgen der vorgekommenen Unfälle. Mitgeteilt wird, daß im Berichtsjahr 1833 Unfälle gemeldet wurden, gegen 2156 im Vorjahr. Im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter ist die Unfallhäufigkeit nicht unerheblich gestiegen. Während im Jahre 1914 auf je 100 Vollarbeiter 5,3 Unfälle gemeldet wurden, kamen im Jahre 1915 6,2 Unfälle auf 100 Vollarbeiter. Demgegenüber erscheint es auffällig, daß die Zahl der entschädigten Unfälle, die von 523 auf 341 zurückging, auch verhältnismäßig einen Rückgang erfahren haben soll, und zwar von 12,85 auf 11,50 auf je 1000 Vollarbeiter. Der Hinweis des technischen Aufsichtsbereits, wonach die Verminderung der Arbeiterzahl in den Gruppen mit den höchsten Gefahreziffern 32 Prozent betragen habe, gegen 27 Prozent im Gesamtdurchschnitt der Berufsgenossenschaft, scheint uns zur Erklärung dieses Mißverhältnisses nicht auszureichen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Zahl der Unfälle eine Zunahme erfahren hat.

Verwunderlich ist die Steigerung der Unfallhäufigkeit nicht, wenn man in die Betriebe hineinblickt und das Menschenmaterial betrachtet. Wir haben einmal die Berufsgenossenschaft auf die zunehmende Zahl weiblicher und jugendlicher Arbeiter besonders an den Maschinen aufmerksam gemacht und um Abhilfe gebeten. Leider mit negativem Erfolg. Die Berufsgenossenschaft hat in ihrem Antwortschreiben bemerkt, daß es mangels tüchtiger männlicher Arbeiter nicht möglich sei, Frauen und Jugendliche von der Maschinenarbeit auszuschließen, zumal auch Kriegsbeschädigte wenig oder gar nicht zu haben seien. Deshalb hat sich auch wohl die bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft bis heute noch nicht veranlaßt gesehen, ihre Mitglieder anzuweisen, Frauen und Jugendliche von gefährlichen Maschinen fernzuhalten, wie es die süddeutsche Holzindustrie-Berufsgenossenschaft längst getan hat. Wir glauben aber, daß tüchtige Arbeiter auch für die Holzindustrie zu erhalten wären, wenn nur angemessene Löhne gezahlt würden.

Die Betriebsrevision ließ sehr viel zu wünschen übrig. Da für den einen zum Secresdiensteinberufenen Aufsichtsbereits kein Eintrag eingestrichelt wurde, war nur ein Beamter in Tätigkeit, der in seinem Bericht klagt, daß durch die erhebliche Verschlechterung der zur Verfügung stehenden Werkzeuge die Ausübung des Dienstes sehr erschwert wurde. Es konnten nur 1559 Betriebe (im Vorjahre 2545) mit 6816 (12402) beschäftigten Arbeitern besucht werden. Außerdem wurden also 14,3 Prozent der Betriebe und 23 Prozent der Arbeiter, während im Vorjahre immerhin noch 27,9 Prozent der gemeldeten Betriebe revisiert worden sind. Besonders jetzt, wo eine sehr große Zahl von jugendlichen und weiblichen Arbeitern in der Holzindustrie tätig ist, vermehren sich in den größeren Sägewerken, Holzzurichtungen usw. erheblich eine vermehrte Revision der Betriebe mehr als je notwendig. Der Bericht hebt hervor, daß die Verwaltungsstellen der bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft gegenüber den anderen Holzindustrie-Berufsgenossenschaften wesentlich niedriger sind. Diese Sparmaßnahme in der Verwaltung ist sehr loben, sie ist aber unangebracht, wenn darunter die notwendige Überwachung der Betriebe leidet.

Diese Überwachung wurde übrigens mit großer Nachlässigkeit durchgeführt. Doch der Aufsichtsbereits, daß eine für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften die Erfüllung dieser Betriebe bedingende, die in der Mehrzahl jugendliche Arbeiter beschäftigen. Er hat zwar überhoffen, daß das einbringliche auf die Beachtung des Verbots, Jugendliche allein an gefährlichen Maschinen zu beschäftigen, gedrungen, doch hat er selbst keine Hoffnung, daß seine Mahnungen länger beachtet werden als zur Zeit der Anwesenheit des Beamten. Man darf, wenn es auch an Angaben mangelt, annehmen, daß in sehr vielen Fällen gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstoßen wurde. Das konnten die Untersuchungen um so argwöhnlicher, als der Gewerkschaftsverband in Bayern in Verbindung mit dem Landesversicherungsamt von dem Gewerkschaftsamt möglichst keinen Gebrauch machte. Es wären bereits wohl zwei sehr schmerzliche Verträge gewesen, die die Gewerkschaftsverband trotz seiner Zurückhaltung mit 20 M. und 10 M. abgeben mußte.

Unter den vielen Schädigungen, die der Krieg gebracht hat, ist die geringere Gleichgültigkeit gegen die Unfallverhütungsvorschriften an letzter Stelle zu nennen. Es wird viel über die Arbeit gesprochen, auf diesem Gebiete auch nur einigermassen beschriebene Zustände zu schaffen.

Soziales.

Die Kartoffelnot vor dem Reichstag.

Die Volksernährung in Deutschland hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die nicht allein durch die Unterbindung der Zufuhr verursacht sind. Soweit die Ernährungsschwierigkeiten durch natürliche Ursachen hervorgerufen sind, würde man sich, so schwer es auch fällt, damit abfinden, aber die an sich schon schwierigen Verhältnisse werden durch Geiz und Habgucht ins Unerträgliche gesteigert. Der Erfolg, der mit dem System der Rationierung erreicht wurde, ist nur sehr unvollkommen; die Tatsache besteht fort, daß die bemittelten Volksschichten keinen Mangel leiden brauchen, aber die breiten Schichten hungern. Während des Krieges ist die Bedeutung der Kartoffel für die Volksernährung ganz bedeutend gestiegen, sie muß jetzt viele andere Nahrungsmittel, die unerschwinglich oder unerschwinglich teuer sind, ersetzen. Leider hat die Regierung in der außerordentlich wichtigen Frage der Kartoffelversorgung eine wenig glückliche Hand gehabt.

Das deutsche Volk kommt aus der Kartoffelnot nicht heraus. Gegen Ende des letzten Erntejahres hatte die Knappheit einen geradezu beängstigenden Grad erreicht. Als das Kriegsernährungsamt den Preis der Kartoffeln neuer Ernte auf 10 M. festsetzte, da trat auf einmal Ueberfluß ein. Die Bestimmung, daß der Höchstpreis in kurzen Zwischenräumen eine Ermäßigung erfährt, bewirkte, daß die Bauern nicht nur die Frühkartoffeln in großer Eile ernteten, auch viele unreife Knollen wurden aus dem Boden gerissen und, reichlich mit Erde vermischt, für teures Geld in Städte geschickt. Die Folge dieser unsinnigen Wirtschaft war, daß große Mengen des so notwendigen Lebensmittels verderben.

Der kurzen Zeit des Ueberflusses folgte nur zu bald wieder eine Periode des Mangels. Die Zufuhr in die Städte stockt. Das Kriegsernährungsamt hat einen großen Plan ausgearbeitet, nach welchem den einzelnen Verbrauchsgebieten ihre Bezugsquellen nachgewiesen wurden, aber die Produzenten liefern nicht in der ausbedungenen Weise. Es war eine lebhafteste Agitation entfaltet worden, um zu veranlassen, daß nicht nur die Stadtverwaltungen große Vorräte ansammeln, sondern auch die Privathaushaltungen wurden ermahnt, soweit als möglich ihren Winterbedarf einzufellern. Die Durchführung dieser Pläne scheitert aber daran, daß es an Kartoffeln fehlt. Die Zufuhr reicht nicht aus, um auch nur den notwendigen Tagesbedarf zu decken. In manchen Städten, wie in Berlin, ist bereits die Tageskopfmenge auf 1 Pfund herabgesetzt worden, aber überall kommt es wieder zu großen Ansammlungen der verzweifelten Hausfrauen vor den Verkaufsständen.

Als Grund für die unzureichende Zufuhr wird Mangel an Arbeitern für die Ernte und an Gespannen angegeben. Auch das Kriegsernährungsamt hat in einer Beschäftigungsnote an die Presse auf diese Momente hingewiesen. Es mag sein, daß dieser Grund auch eine Rolle spielt, der wahre und Hauptgrund für den Kartoffelmangel ist aber die Habgucht der Produzenten. Sehr offen hat sich in dieser Beziehung der Kreisaußschuß in Gardelegen in einem Schreiben an die Stadtverwaltung Bochum geäußert. Der Briefschreiber, ein Geheimer Regierungsrat, steht in einem Schreiben auseinander, daß jetzt für die Städte zur Ernährung der Bevölkerung wenig Kartoffeln übrigbleiben, denn zunächst würden die Stärke- und Flockenfabriken und dann die Brennereien befriedigt, denn diese zahlen für unfortierte Kartoffeln mindestens die gleichen Preise, wie sie die Landwirte für ausgefuchte Speisekartoffeln von den Städten erhalten. Vielfach würden auch Kartoffeln eingemietet in der Erwartung, daß die Preise im Winter erhöht werden.

Vermutlich sind nicht alle Landwirte so offenerzig wie dieser Geheime Regierungsrat in Gardelegen, sicher aber ist, daß die Hoffnung auf einen höheren Preis für viele Landwirte die Triebfeder für die Zurückhaltung der Kartoffeln ist, welche die städtische Bevölkerung zum Hunger zwingt. Der Erzeugerhöchstpreis ist, viel zu hoch, auf 4 M. für den Zentner festgesetzt, aber das genügt den Produzenten nicht, sie wollen noch höhere Preise erpressen. Die Kartoffelnot hat einen Umfang angenommen, der im höchsten Maße bedrohlich ist. Das war die Veranlassung, daß eine ganze Anzahl von Interpellationen in dieser Frage eingebracht wurde, mit der sich der Reichstag am 12. und 13. Oktober beschäftigte.

Die Mißstände in der Kartoffelversorgung wurden in schonungsloser Weise offengelegt, und der Präsident des Kriegsernährungsamtes, v. Batoeki, hatte gegenüber den Angehörigen einen schweren Stand. Er verwies auf das ungünstige Wetter, welches die Ernte verzögert und deren Ergebnis ungünstig beeinflusst hat. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um die Störungen in der Zufuhr zu beseitigen und Vorräte für den Winter anzusammeln, mit deren Durchführung sofort begonnen werden soll. Wertvoll ist das feierlich abgegebene Versprechen v. Batoekis, daß unter keinen Umständen wieder Höchstpreise nachträglich erhöht werden. Dessenübrigens ist die nötige Wirkung auf die Buchhalter aus, die in Erwartung der Erhöhung der Höchstpreise ihre Waren zurückhalten. Diese Erklärung scheint uns das wichtigste Ergebnis der zweitägigen Kartoffeldebatten zu sein. Bei der auch im übrigen recht wertvollen Material zutage gefördert wurde. Wir können nur wünschen, daß sich der Erfolg der Aussprache recht bald zeigen möge.

Vorher hatte sich der Reichstag mit wichtigen politischen Fragen beschäftigt. Die erste Sitzung dieses Tagungsabschnittes hatte am 23. September stattgefunden. Sie war ausgefüllt von einer Rede des Reichskanzlers, der zunächst die Kriegslage betrachtete. Der Reichskanzler erinnerte daran, daß die deutsche Regierung die erste und bisher einzige war, die ihre Friedensbereitschaft erklärt habe. Die Haltung der Feinde macht es uns aber unmöglich, jetzt ein Friedensangebot zu machen. England bezeichnete er als den selbsthätigsten, hartnäckigsten und erbittertesten Feind. Der Staatsmann, so erklärte er, der sich fürchte, gegen diesen Feind zu benutzen, verdiente gehängt zu werden. Diese Wendung richtete sich gegen die zahlreichen hochgestellten Gegner des Reichskanzlers, die einen wohlorganisierten, unterirdischen Minerkrieg führen, um ihn zu fügen. Die Kerngruppen in

diesem inneren Krieg gegen den Reichskanzler stellen die Konservativen, aber auch Nationalliberale und Angehörige anderer bürgerlicher Parteien gehören zu dem Heerhaufen. Sie verlangen die rücksichtslose Anwendung der U-Bootwaffe, unbekümmert darum, daß uns eine solche Kriegsführung in Konflikt mit den noch neutralen Ländern bringen würde. Weil der Reichskanzler auf diese Forderung nicht eingehen will, soll er gestürzt werden.

Die Beseitigung des Reichskanzlers scheint diesen Kreisen aber noch notwendiger wegen seiner Versprechungen hinsichtlich der Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege. Diese Versprechungen lauteten bisher zwar recht unbestimmt, und für ihre Erfüllung haben wir keinerlei reale Garantien. Aber gewissen Vertretern von „Bildung und Besitz“ scheint der Gedanke unerträglich, daß in der Gesetzgebung und Verwaltung in Deutschland künftig etwas mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der breiten Volksmassen genommen werden soll als bisher. Ueber die Ziele der Neuorientierung hat sich der Reichskanzler stets sehr zurückhaltend geäußert, und diesem Grundsatze ist er auch in seiner Rede am 28. September treu geblieben. „Freie Bahn für alle Tüchtigen!“, das ist die Lösung“, rief er aus, und er erntete dafür lebhaften Beifall. Diese Lösung ist aber sehr deutungsfähig und im Grunde nicht mehr wert als alle feierlichen Versprechungen. Daß man sich bisher auf solche schön klingende, aber zu nichts verpflichtende Phrasen beschränkt hat, ohne durch praktische Taten zu zeigen, wohin die Neuorientierung zielt, muß uns warnen, der Zukunft mit überschwinglichen Hoffnungen auf das von oben kommende Heil entgegenzublicken. Besser ist es schon, wenn wir uns in der Hinsicht auf die eigene Kraft verlassen.

Nach der Kanzlerrede trat eine Pause in den öffentlichen Beratungen des Reichstages ein, um so fleißiger wurde im Haushaltsausschuß gearbeitet. Dessen Sitzungen sind nicht öffentlich, zeitweilig wurden sogar die Abgeordneten, die dem Ausschuss nicht angehören, aber in der Regel als Zuhörer zugelassen werden, von den Sitzungen ausgeschlossen. Es handelte sich um Fragen der Landesverteidigung, die sich selbstverständlich der öffentlichen Erörterung entziehen. Sehr eingehend beschäftigte sich der Ausschuss auch mit der U-Bootfrage, ohne aber zu einer Entscheidung kommen zu können. Am 11. Oktober fand erst wieder eine Plenarsitzung des Reichstages statt, in welcher die hohe Politik erörtert wurde. Als die bedeutendste Kundgebung dieses Tages wird allgemein die Rede von Scheidemann betrachtet, der sich mit aller Deutlichkeit gegen Annexionen aussprach: Was französisch ist, soll französisch bleiben, was belgisch ist, soll belgisch bleiben, und was deutsch ist, soll deutsch bleiben. Mit einer solchen Lösung ist zwar der konservative Graf Westarp nicht einverstanden, aber sicher würde sich die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes für einen Frieden auf der von Scheidemann gezeichneten Grundlage erklären. Dieser beschäftigte sich in seiner Rede auch mit den Streitigkeiten gegen den Reichskanzler, die jetzt im Mittelpunkt der gesamten inneren Politik stehen, und zeichnete in großen Umrissen die Richtlinien für die dringende nötige und sofort in Angriff zu nehmende Neuorientierung. Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes, Herstellung völliger Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller in Schutzhaft befindlichen Deutschen, Amnestierung aller wegen politischer Delikte Verurteilten, Schaffung eines verantwortlichen Reichsministeriums usw. Sehr eindrucksvolle Argumente für die Notwendigkeit, die innere Politik in Deutschland in der Richtung auf die Demokratie zu orientieren, brachte auch der freisinnige Abgeordnete Naumann zur Sprache. Irgendwelches Ergebnis hat aber diese an interessanten Momenten reiche Sitzung nicht gebracht. Kein Regierungsvertreter hat das Wort genommen. Es bleibt abzuwarten, ob das bei der Fortsetzung der vertagten Beratung nachgeholt wird. — Nach der Erledigung der Kartoffelinterpellation hat sich der Reichstag wieder bis zum 26. Oktober vertagt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Gumbinnen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. November 70 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 43. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Die vom Militär zurückkommenden Mitglieder machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß sie nach § 14 Abs. d des Verbandsstatuts verpflichtet sind, sich innerhalb vier Wochen nach der Entlassung aus dem Militärdienst wieder im Verband anzumelden, wenn sie wieder in ihre alten Mitgliedsrechte eintreten und dieser nicht verlustig gehen wollen.

Erkrankte Mitglieder haben nach § 60 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitsunfähigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Bevor die Arbeitsunfähigkeit jedoch nicht durch ärztliches Attest bestätigt ist, darf die Krankmeldung nicht entgegengenommen werden. Der Anspruch auf die Krankenunterstützung des Verbandes beginnt am achten Tage der Arbeitsunfähigkeit vom Tage der Meldung an gerechnet. Die Unterstützung ist am Schluß jeder Woche in Empfang zu nehmen.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 15523 Paul Lohs, Alaverm., 9. 8. 61 zu Charlottenbrunn.
- 209430 Karl Schwarz, Tischler, geb. 20. 4. 72 zu Berlin.
- 322415 Hyronimus Wischniowski, Modelst., geb. 30. 3. 80 zu Dombrowka.
- 410437 Eduard Kleinschmidt, Tischl., 17. 5. 62 zu Heinrichswalde.
- 616689 Karl John, Tischler, geb. 27. 2. 64 zu Kolmar.
- 679067 Friedr. Pepp, Tischler, 28. 10. 81 zu Mainbernheim.

Der Vorstand



- List of names under 'Ehrentafel' including: Albert Baitter, Drechsler, Damburg; Karl Balth, Schreiner, Worms; Alfred Barschdorf, Tischler, Berlin; Max Barth, Tischler, Oldesloe; Ernst Barthel, Tischler, Eisenberg; Karl Beisler, Tischler, Ellrich; Adolf Berens, Schreiner, Köln; Otto Bergmann, Tischler, Eisenberg; Hermann Bierwirth, Dippoldiswalde; Hans Bleyer, Hilfsarbeiter, Erlangen; Otto Böhm, Tischler, Cunnersdorf; Hermann Böhmelt, Schr., Karlsruhe; Ernst Bose, Tischler, Berlin; Franz Braun, Schreiner, Köln; Carl Braun, Schreiner, Cassel; Fritz Brauns, Tischler, Peine; Ferd. Breuling, Beizer, Stuttgart; Richard Buchmann, Tischler, Eisenberg; Jakob Büttke, Masch.-Arb., Karlsruhe; Karl Burk, Schreiner, Worms; Georg Busche, Tischler, Berlin; Hans Dänzer, Pinselm., Nürnberg; Ludw. Denkhöfer, Pinselm., Nürnberg; Clemens Dieblich, Tischler, Hannover; August Diphorn, Tischler, Eisenach; Theodor Ebenau, Tischler, Eisenach; Kurt Ebert, Tischler, Gotha; Georg Ehrhardt, Schreiner, Cassel; Heinrich Eichhorn, Pinselm., Nürnberg; Fritz Effermann, Stahlb., Mittweida; Joh. Ernst, Bleistiftarb., Nürnberg; Fr. Franke, Tischler, Stade; Philipp Gansert, Masch.-Arb., Rempten; Max Geßler, Polierer, Mittweida; Karl George, Polierer, Berlin; Johann Göller, Schreiner, Stuttgart; Max Görne, Tischler, Brandenburg; Edward Gottschall, Tischler, Hamburg; Wilhelm Greiner, Zuffenhausen; Jonni Grimm, Tischler, Hamburg; Chr. Groß, Schreiner, Stuttgart.

- List of names including: Oskar Gillhan, Tischler, Hamburg; Gottfried Glutner, Tischler, Berlin; Richard Hageborn, Tischler, Hamburg; Albert Hauke, Stuhlbaner, Brand; Heinrich Hansmann, Schreiner, Cassel; Karl Heft, Tischler, Zisterburg; Karl Helber, Mannheim-Ludwigsh.; Fritz Henning, Mühlhausen i. Th.; Arthur Hesse, Tischler, Hamburg; Jakob Hinderer, Schreiner, Stuttgart; Friedr. Wilh. Hinz, Tischler, Kiel; Konrad Hinz, Tischler, Hamburg; Gustav Hoffmann, Tischler, Berlin; Paul Hoffmann, Stellm., Baugen; Willy Hoffmann, Tischler, Rowawes; Leonhard Hollenbach, Schr., Nürnberg; Matthäus Igel, Schreiner, Forchheim; Wilhelm Jerusel, Tischler, Berlin; Karl Jung, Korbmacher, Eisleben; Fritz Kopf, Seubach; Heinrich Käse, Schreiner, Cassel; Paul Kell, Knopfmacher, Schmölln; Otto Keller, Tischler, Berlin; Hermann Kempfer, Schönwalde; Richard Kessel, Tischler, Halberstadt; Paul Kiefer, Pinselm., Nürnberg; Paul Kirchhoff, Tischler, Berlin; Ludwig Kirschbaum, Schreiner, Köln; Alois Kittel, Stellm., Baugen; Max Kleber, Rabenau; Andreas Kramer, Tischler, Hamburg; Paul Kramer, Tischler, Herzberg; Max Krone, Polierer, Cassel; Rudolf Kühnel, M.-A., Ludenwalde; Karl Küpper, Bergolder, Berlin; Adam Kuhnert, Schreiner, Cassel; Johann Kurz, Schreiner, Nürnberg; Josef Langer, Korbmacher, Eisleben; Alois Lahner, Duisburg; Max Lauer, Tischler, Gotha; Rudolf Lebenhagen, Tischler, Herzberg; Franz Lehmann, Tischler, Berlin; Oskar Lehmann, Niesä; Joh. Lenhart, Mannheim-Ludwigsh.; Theodor Liebermann, Schreiner, Köln; Hermann Löwe, Mühlhausen i. Th.; Karl Ludwig, Tischler, Großschönau; August Matbom, Tischler, Eisenach; Johann Mathes, Tischler, Mainz.

- List of names including: Albert Medling, Schreiner, Nürnberg; Johs. Meinke, Tischler, Bergedorf; Eduard Melchner, Tischler, Hamburg; Arthur Meyer, Bergolder, Hamburg; Ernst Meyer, Tischler, Hamburg; Arthur Niedtanz, Marleneulichen; Herm. Müller, Pantinenm., Peine; Karl Müller, Klavierarb., Stuttgart; Otto Müller, Korbmacher, Glückstadt; Joh. Nitz, Masch.-Arb., Köln; Paul Nüniger, Pöfnecht; Kurt Nähnmann, Stollberg; Hermann Otmüller, Zuffenhausen; Karl Pflanz, Bärth a. M.; Willi Plesse, Tischler, Hannover; Paul Pötsch, Polierer, Mittweida; Edwin Pförtner, Tischler, Delantsh.; Ludwig Pränfner, Drechsler, Nürnberg; Paul Rager, Bleistiftarb., Nürnberg; Johannes Rambach, Angestellter im Verbandsbureau, Berlin; Georg Ränge, Rammacher, Pforzheim; Willi Rehbod, Stellmacher, Cassel; Ernst Reichardt, Tischler, Gotha; Gottl. Reichert, Schreiner, Stuttgart; Otto Richter, früher Bevollmächtigter der Zahlstelle Cunnersdorf; Paul Richter, Tischler, Hamburg; Heinrich Rieck, Tischler, Hamburg; Jonny Riehm, Hilfsarb., Hamburg; Eugen Röber, Schreiner, Cassel; Ernst Rogge, Tischler, Hannover; Wilhelm Ronette, Eisenach; Walter Rudelsberger, Schweinfurt; Reinhard Rüter, Norden; Philipp Ruth, Duisburg; Josef Sandner, Schreiner, Damburg; Fritz Sauer, Schreiner, Neustadt a. S.; Dürin Schäfer, Modellfahr., Köln; Paul Schäfer, Mühlhausen i. Th.; Ernst Schaller, Schreiner, Nürnberg; Michael Scheuring, Schr., Schweinfurt; Heinrich Schlüter, Tischler, Hamburg; Gottlob Schnadt, Zuffenhausen; Michael Schnellinger, Schr., Nürnberg; Emil Schön, Tischler, Hamburg; Georg Schönherr, Ristenm., Hamburg; Ernst Schrön, Tischler, Eisenach; Max Schwarzkopf, Tischler, Halle.

- List of names including: Karl Schwente, Niesä; Adolf Seidenhauer, Tischler, Berlin; Wilhelm Seidler, Stellm., Hamburg; Richard Seybold, Bergolder, Stuttgart; Paul Seidel, Knopfmacher, Schmölln; Johann Seib, Drechsler, Nürnberg; Wilh. Siemens, Korbm., Bremerhaven; Karl Siewers, Tischler, Hannover; August Sindel, Bleistiftarb., Nürnberg; Ernst Sobed, Masch.-Arb., Ketersen; Max Sommer, Ristenmacher, Berlin; Peter Sommer, Tischler, Elmshorn; Paul Sommer, M.-A., Niederseebitz; Karl Spatz, Schreiner, Ohligs; Ernst Speck, Modelltischler, Halle; Karl Stahlinger, Schreiner, Stuttgart; Guido Staudt, Knopfmacher, Schmölln; Hermann Stebing, Tischler, Hannover; Andreas Stein, Tischler, Erlangen; Erich Sterzing, Mühlhausen i. Th.; Ernst Stieber, Perlmutterarb., Berlin; Ernst Stödel, Drechsler, Schmölln; Herm. Stolzenberg, Tischl., Elmshorn; Friedrich Suhr, Tischler, Kiel; Franz Sunz, Stellmacher, Hamburg; Leopold Tephel, Tischler, Peine; Karl Thimm, Tischler, Berlin; Martin Trumphalter, Tischler, Mainz; Paul Tschäp, Mühlhausen i. Th.; Robert Tufen, Masch.-Arb., Hamburg; Gustav Ulbrich, Tischler, Berlin; Max Uhlemann, Holzarb., Frankenberg; Gustav Vogt, Tischler, Großschönau; Paul Vorwert, Holzarb., Eisenach; Leonhard Vogt, Tischler, Hamburg; Oskar Wagner, Döbeln; Hermann Walter, Tischler, Ludenwalde; Arthur Wehner, Stuhl-, Geringswalde; Emil Wenzel, Stellmacher, Eisenach; Emil Werner, Rammarb., Berlin; Alfred Wiebel, Knopfmacher, Schmölln; Oskar Winkler, Pol., Geringswalde; Pantraz Wolf, Säger, Rempten; Erich Ziem, Stellm., Brandenburg; H. Zisch, Masch.-Arb., Nürnberg; Paul Zimmermann, Pol., Mittweida; Arthur Zimmann, Tischler, Berlin.

Ehrem Andenken!

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

In Berlin schweben Differenzen in der Holzindustrie. Im Oktober 1915 wurden mit den Stockfabrikanten nach dem Verdienst abgestufte Teuerungszulagen in Höhe von 2 bis 6 Pf. pro Stunde vereinbart. Die Firma Alf. Ludwig u. Co. weigerte sich, diese Zulagen zu zahlen, unter Berufung auf angebliche Vereinbarungen mit dem Werkstatthalter, die aber von den Arbeitern entschieden bestritten werden. Nach langwierigen Verhandlungen wurde das Einigungsamt zur Entscheidung angerufen, welches folgenden Spruch fällte: „Vereinbarungen, die von Organisation in Organisation getroffen worden sind, werden durch Vereinbarungen, die ein einzelner Arbeitgeber ohne Hinzuziehung der Organisation mit seinen Arbeitnehmern trifft, nicht aufgehoben. Die Firma Alf. Ludwig u. Co. ist verpflichtet, die im Beschluss der Schlichtungskommission vom 2. Oktober 1915 festgesetzten Teuerungszulagen zu zahlen.“ Diese Angelegenheit ist 1/2 Jahr lang hingezogen worden, und einzelne Kollegen haben bis zu 100 Mk. zu fordern, erhalten haben sie aber bisher noch nichts. Inzwischen ist die bekannte Vereinbarung über Teuerungszulagen für das gesamte Berliner Holzgewerbe getroffen worden, die auch für die Holzindustrie gilt. Die Stockfabrikanten lehnten aber unter der Führung der Firma Alf. Ludwig u. Co. jedes Zugeständnis ab. Die Arbeiter verlangten darauf ihre Forderungen; 171 Kollegen wollten sich anderweitige Beschäftigung suchen. Dem Eingreifen der Organisation gelang es, diese Massenflucht aus der Branche vorläufig zu verhindern. Nachdem die Kollegen zwei und drei Wochen die Arbeit verweigert hatten, kam es zu Verhandlungen, in welchen die Unternehmer eine Teuerungszulage von 4 Mk. pro Woche und ab 1. Januar eine weitere Mark zugestehen wollten. Dieses Angebot wurde von den Kollegen in geheimer Abstimmung einstimmig abgelehnt. Die Kollegen wollen lieber auf die Arbeit verzichten, als sich mit unzureichenden Löhnen abfinden lassen. — Inzwischen ist eine Vereinbarung zustande gekommen, nach welcher zu den gegenwärtigen Teuerungszulagen von 16. Oktober ab eine wöchentliche Teuerungszulage von 6,50 Mk. an alle über 18 Jahre alten männlichen Arbeiter gezahlt wird. Damit ist diese Lohnbewegung beendet.

Im Bezirk Zeitz-Gera-Eisenberg führten die Verhandlungen mit dem Schutzverband wegen Erhöhung der Teuerungszulagen zu keinem befriedigenden Ergebnis. Die Arbeitgeber bewilligten eine Erhöhung der Teuerungszulage auf nur 1 Mk. pro Woche. Es sollen die Zulagen betragen für Arbeiter über 20 Jahre 4 Mk., für Arbeiter von 18 bis 20 Jahren 3 Mk. und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen 2 Mk. pro Woche. Die Firma Uhlemann-Gera zahlt auf jede Staffel 50 Pf. mehr. Dieses Angebot bezeichneten die Vertreter unserer Kollegen als vollständig ungenügend. Die Kollegen ihre Forderung von 6 Mk. pro Woche zur vorläufigen Regelung der Teuerungszulage aufrecht. Die Arbeiter der Firma Uhlemann u. Saumseger in Gera erklärten ebenfalls, daß sie bei einer Teuerungszulage von 4,50 Mk. pro Woche nicht weiterarbeiten könnten. Mit diesen Forderungen alsdann Sonderverhandlungen statt, die zu einer vorläufigen Regelung der Teuerungszulagen führten. Es wurden alle Arbeiter über 20 Jahre eine Teuerungszulage von 4,50 Mk. und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Pf. für Arbeiter von 18 bis 20 Jahren 3,50 Mk. und 2 Pf. für jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen 2,50 Mk. pro Woche und 1 Pf. pro Stunde. Die Tischlerkammer in Gera teilte mit, daß sie in ihrer Generalversammlung be-

schlossen habe, den Gehilfen dieselbe Teuerungszulage wie die Firma Uhlemann zu gewähren. Inzwischen haben die Kollegen zu den Beschlüssen der Städtevertreter-Konferenz Stellung genommen und die dort gefaßten Beschlüsse zu den ihren gemacht. Hierzu glaubt man um so mehr berechtigt zu sein, als die Verträge im Bezirk Zeitz-Gera-Eisenberg seit sieben Jahren nicht erneuert worden sind.

Arbeitslosigkeit im Monat September 1916.

Table with columns: Gau, Zahlstellen haben berichtet, Mitgliederzahl am Schluß des Monats, Arbeitslose Mitglieder am Orte (vorigen Monat, Zugang d. diesem Monat, Gesamtzahl, am letzten Tage d. Monats), Unterstützung haben erhalten (Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise), Zahlstellen haben nicht berichtet.

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingefandt: Johannsburg, Rummelsburg — Grewesmühlen, Uedermünde — Gleiwitz, Schwefenz — Fürstenwalde, Klosterfelde, Oberberg, Oranienburg, Samter, Besten — Altenberg, Dippoldiswalde, Großhartmannsdorf, Liebenwerda, Schandau — Brambach, Göhns, Marneulichen — Langewiesen, Schleusingen, Schwarzta — Delitzsch — Apertade, Cuzhaven, Delmenhorst, Eutin, Neuenburg — Gelsenkirchen, Siegen, Belbert, Biersen — Landau, Offenbach, Wezlar — Schwandorf — Wolfratshausen — Achern, Emmendingen, Trossingen.

Table for comparison: Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit jüden wir noch folgende Vergleichszahlen bei: Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats (1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916) and Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage (1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916).

Aus der Holzindustrie.

Ein Holzarbeiter als Fabrikinspektor.

Der schweizerische Bundesrat hat am 5. Oktober unsern Kollegen Johannes Sigg in Zürich zum Adjunkten erster Klasse des ersten eidgenössischen Fabrikinspektorates gewählt. Diese Wahl ist bemerkenswert, weil es das erste Mal ist, daß ein organisierter Arbeiter und Arbeitervertreter an eine solche Stelle berufen wurde. Aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Mitglieder der Gewerbeinspektion, auch solche, die vorher gewerkschaftlich organisiert waren, gibt es auch in einigen süddeutschen Staaten. Diesen Gewerbeinspektionsgehilfen sind aber nur verhältnismäßig untergeordnete Aufgaben zugewiesen. Im vorliegenden Fall handelt es sich aber um die Wahl zum vollwertigen Fabrikinspektor mit der Aussicht, später die Leitung des Amtes zu erlangen. Freilich erfolgte diese Wahl in der Schweiz, wo man anscheinend mehr Wert auf die praktische Brauchbarkeit des Mannes als auf seinen formalen Bildungsgang legt.

Johannes Sigg ist in der Schweiz geboren, hat aber seine Jugendzeit in Berlin verbracht und hier das Tischlerhandwerk erlernt. Nebenbei bemerkte, war der Obermeister Richard sein Lehrmeister. Gleich nach Beendigung seiner Lehrzeit im Jahre 1902 wurde er Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, und als er zwei Jahre später nach seiner Heimat Zürich übersiedelte, trat er zum schweizerischen Holzarbeiter-Verband über, um dessen Ausbau er sich hervorragende Verdienste erworben hat. Die Züricher Arbeiter übertrugen ihm eine Reihe von Ehrenämtern. Er ist Stadtrat von Zürich, und er gehört auch dem Kantons- und Nationalrat an. Aus der Redaktion des „Volksrecht“, der er längere Zeit angehörte, ist er bald nach Ausbruch des Krieges ausgeschieden.

Die Forderungen der britischen Möbelerbeiter nach höheren Löhnen.

Im „Monthly Report“, dem Organ des britischen Möbelerbeiter-Verbandes, berichtet der Organisator, Kollege Purcell, über die im Monat August für den Bezirk Manchester erreichten Lohn- und Steuerungsulagen, sowie über die Lohnbewegungen, um solche zu erlangen. Er bezeichnet die bewilligten Zulagen als zu gering, um einen Ausgleich für die steigenden Lebensmittelpreise zu schaffen, erörtert weitere Aufgaben des Verbandes und führt dann folgendes aus:

„Die wichtigste Arbeit, die unmittelbar vor uns liegt, ist, die Löhne hochzutreiben. In dieser Beziehung sollte es für unsere Bemühungen keine Grenze geben und in dieser Richtung auch nicht die geringste Erlassung der Energie Platz greifen, denn je höher wir die Löhne während des Krieges bringen, je länger wird es dauern, und je schwerer wird es sein, sie herabzusetzen, immer angenommen, daß wir willens sind, sie herabsetzen zu lassen. Ob sie nun Extrazulagen, Kriegslöhne, Kriegssteuerungsulagen oder gewöhnliche Lohnserhöhungen genannt werden, ihre Beibehaltung nach Friedensschluß wird ganz von unserer Fähigkeit abhängen,

fest zusammenzustehen, um jeder Verminderung anmaßender Unternehmer zu widerstehen.

Darum kann es niemals, das heißt in der Gegenwart, zu still oder zu zeitig sein, weitere Forderungen auf höhere Löhne zu stellen. Das sollte aufrechterhalten und durchgeführt werden, solange Preise herrschen wie augenblicklich. Wie weit diese auch fallen, es müßte schon lawinenartig geschehen, ehe es genügend ist, um die Lücke zwischen dem gesunkenen Wert unserer Löhne und den erhöhten Lohnserhöhungen zu füllen, so daß wir auf sicherem Boden stehen. Wir sollten jedoch ermutigt sein, unsere Forderungen zu wiederholen wegen der gegenwärtigen Nachfrage nach Leuten und der Wichtigkeit unserer Position. Es wäre äußerst natürlich, anzunehmen, daß, wenn wir jetzt mit unseren Forderungen bescheiden sind, die Unternehmer nach dem Krieg entsprechend glittig wären.

Im Gegensatz zu dieser Vorstellung möchte ich sagen, daß ich nie einen Unternehmer sah, der diesem Gedanken huldigte, aber die meisten, die ich traf, sagten, daß es schon wieder mal eine Zeit geben werde, wo sie instande seien, ihre Forderungen durchzusetzen. Jedenfalls, je höher die Löhne am Ende des Krieges sind, je länger wird es dauern, sie um den Betrag, um den sie während des Krieges erhöht wurden, zu reduzieren. Darum nochmals, stellt immer wieder Forderungen, besteht auf die Auszahlung von mehr Geld und gebt dies irgendeinen Namen, der euch gefällt.“

Gewerkschaftliches.

Frauenarbeit im Baugewerbe.

Ueber den Umfang der Frauenarbeit im Baugewerbe hat der Bauarbeiter-Verband im August dieses Jahres eine Erhebung veranstaltet, deren erste Ergebnisse jetzt im „Grundstein“ veröffentlicht werden. Von 835 Zweigvereinen des Verbandes haben sich 815 an der Erhebung beteiligt, aber nur 183 Zweigvereine haben Frauenarbeit auf Bauten ermittelt. In den in Betracht kommenden Orten ist jedoch die Frauenarbeit auf Bauten verhältnismäßig recht stark vertreten. Insgesamt waren 9441 Frauen beschäftigt, davon 3995 bei Hoch- und Tiefbauten und 5446 bei Erdarbeiten.

Interessant ist ein Vergleich der Zahl der beschäftigten Frauen mit den Mitgliederzahlen des Bauarbeiter-Verbandes. Zum Vergleich sind nur die Bauhilfsarbeiter und Träger und die Erdarbeiter herangezogen. Von 23 893 Bauhilfsarbeitern und Trägern, die am Schluß des zweiten Quartals organisiert waren, befanden sich 15 584 in Orten, in denen Frauen beschäftigt wurden, und zwar gab es hier 3995 Arbeiterinnen bei dieser Tätigkeit. Eine Zahl, die etwa einem Viertel der organisierten Arbeiter entspricht. Verhältnismäßig weit zahlreicher sind die Frauen bei Erdarbeiten beschäftigt. Der Bauarbeiter-Verband zählte unter seinen Mitgliedern insgesamt 1854 Erdarbeiter, davon 840 in den Orten mit Frauenarbeit, wo jedoch 5446, also mehr als das Sechsfache dieser Zahl, an weiblichen Erdarbeitern beschäftigt wurden. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Frauenarbeit bei Bauten schon eine sehr beachtenswerte Ausdehnung er-

fahren hat. Dabei deuten manche Anzeichen darauf hin, daß sie in rascher Zunahme begriffen ist.

Die gewerkschaftliche Internationale der Maler, Vorsitzende des Deutschen Maler-Verbandes, Otto Strein hat in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der „Fünften internationalen Bericht der Zentralverbände der Maler und verwandten Berufe“ für 1915 herausgegeben. Die Tätigkeit des internationalen Sekretärs war naturgemäß beschränkt, er hat aber, soweit als möglich, die internationalen Beziehungen aufrechterhalten. Auch mit der amerikanischen Organisation, die zwar der Internationalen nicht angeschlossen ist, konnte der schon seit einigen Jahren gepflegte enge Verkehr aufrechterhalten werden. Im Bericht wird ein sympathisch gehaltener Brief abgedruckt, den der Vorsitzende des amerikanischen Verbandes am 7. Dezember 1915 an den internationalen Sekretär geschrieben hat. Von den deutschen Kollegen in Newyork und Chicago sind im Jahre 1914 1712,91 Mk. und im Jahre 1915 weitere 449,23 Mk. zur Verteilung an die notleidenden Frauen und Kinder im Krlege befindlichen Verbandsmitglieder überlassen worden. Bemerkenswert ist der folgende Absatz in dem Bericht des Sekretärs: „Zu Beginn des Berichtsjahres beauftragten die deutschen Gewerkschaften, durch Vermittlung von neutraler Seite den bedürftigen Arbeiterinnen in Belgien eine Unterstützung zu übermitteln. Da aber die angebotene Hilfe von den belgischen Gewerkschaften abgelehnt wurde, noch dazu mit einer Begründung, die den in der Arbeiterbewegung allgemein anerkannten Auffassungen über internationale Verpflichtungen sicher nicht entsprach, mußte leider von der von uns mitgeförderten und schon festgelegten Hilfsaktion Abstand genommen werden.“ — Dem Bericht des internationalen Sekretärs sind Sonderberichte über den Stand der Berufsorganisationen in Dänemark, Deutschland, Finnland, Holland, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Schweden und der Schweiz angefügt. Die Mitgliederzahl der berichtenden Verbände ist von 66 614 im Jahre 1913 auf 23 241 im Jahre 1915 zurückgegangen.

Literarisches.

Praktische Stallfassen- und Ziegen-Nutzucht mit Kriegskochbuch. Als wichtigen Beitrag zur Volksernährungsfrage nach eigenen langjährigen Erfahrungen verfaßt von Rüdiger Paulus-Zittlau. Volkshilfs-Verlag F. Hoffmann, Hamburg 33. Preis 1 Mk., kartoniert 1,25 Mk.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg. Im September sandten Ueberläufer ein: Hamburg 1 250 Mk., Linden, Breslau je 200, Ochshausen, Nürnberg je 100, Rumühle 80, Bochum, Lübeck je 50, Habersleben 45 Mk. Summa 1175 Mk. Zuschuß erhielten: Steinkirchen 200 Mk., Offenbach, Weuel je 100 Mk. Summa 400 Mk.

J. u. L. M a f m a n n, Hamburg 31, Schwendestr. 37.

Gestorbene Mitglieder.
 Ernst Paul, gest. in Rabenau.
 Otto Höhne, gest. in Wüchtersleben.
 Josef Schmuider, Maschinenarbeiter, 50 Jahre, gest. in Kürnberg.
 Wilhelm Günther, Maschinenarbeiter, gest. in Zeitz.
 Emil Thurm, Knopfmacher, 48 J., gest. in Schmölln.
 Lina Dörffel, Knopfarbeiterin, 52 J., gest. in Schmölln.
 Ehre ihrem Andenken.

Oskar Willner, Tischler aus Polonik, Kreis Waldenburg, zuletzt in Zohmer (Cassien), wird gesucht. Kollegen, die über ihn Auskunft geben können, werden um Nachricht an die Geschäftsstelle Freiburg (Schwarzw.), Pödenau 16, gebeten.

Herm. Böhlig, Knopfmacher, geb. 18. 5. 1883 zu Fichtenberg a. d. Elbe, wird erucht, mir seine Adresse zu senden. Auch Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden darum gebeten. Porto wird erlegt. Dür Köpfer, Mühlberg a. d. Elbe, Hans-Birteln 12.

Tischler und Polierer
 bei hohem Lohn und dauernder Arbeit sucht
 Walter Hyan, Finsterwalde (H.-L.).

2 bis 3 tüchtige Tischlergesellen für Raum- und bessere Möbelarbeiten für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Hoher Lohn, freie Kost und Logis.
 Erich Boche, Baruth (Mark).

Ein tüchtiger Tischler, der Kenntnisse an Holzbearbeitungsmaschinen besitzt und den Gasmotor bedienen kann, sofort gesucht. Zeugnisse und Gehaltsanprüche werden vorgezogen.
 E. Warrmann, Möbelfabrik, Johannsburg (Hrpr.).

Mehrere tüchtige Bau-tischler
 sowie 1 bis 2 erfahrene Zureicher finden sofort lohnende und dauernde Beschäftigung in unserer Bauwerkerei.
 Gebr. Meyerowig, Holzbearbeitungsfabrik, Kötzberg i. Pr.

Mehrere gute Möbeltischler und Stahlbauer sowie tüchtige sauber arbeitende Polierer suchen sofort ein
 Werkstätten Bernard Stedler, Habersleben.

Mehrere tüchtige ältere militärfreie
Möbeltischler,
 welche bessere Speisezimmer nach Zeichnung arbeiten können, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.
 Richard Glze, Hübener & Co., G.m.b.H., Dessau.

Mehrere sauber arbeitende Möbeltischler auf Büfette und Schreibtische sofort oder später gesucht. Beschäftigung dauernd und angenehm.
 Rich. Friedrich Nachflg., Laffan (Kr. Greifswald).

Drechsler, Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter sucht bei hohem Lohn auf Kriegslieferungen und Harmoniums.
 Bernhard Perl, Hartha i. Sa.

**1 Schleifer
 1 Polierer**
 suchen
 Schott & Roth, Stockfabrik, Stuttgart.

Tüchtige Abpuzer und Polierer für dauernd sofort gesucht.
 Kider & Feibrapp, Pianofortefabrik, Jena.

Ein tüchtiger Baudiäger und Fräser für sofort gesucht.
 Arbeitsnachweis der Zahlstelle Dessau, Ballenstedter Straße 1.

Maschinenarbeiter und Tischler
 auf andauernde Feeres- und Bauarbeit zu den mit dem Verbande neu vereinbarten Löhnen gesucht.
 Emil Kirchner, Bauabfabrik, Großenhain (Sa.).

Tüchtige Möbelschreiner und Maschinenarbeiter gesucht. Mainz, Holzarbeiter-Bureau, Janggasse 13.

Stuhlbauer
 suchen für sofort
 Schmidt & Hochstetter, Leisnig.

Stuhlbauer auf gute Stühle, Sessel und Garnituren sowie Polierer auf gute Arbeit für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht.
 Kürth & Bieber, Geringswalde i. Sa.

Mehrere Korbmacher auf Mattarbeit, Weißgeschlagen und Geschloßkörbe. Einen auf etwas Gestellarbeit (Kinderstuhlförbe) bei hohem Lohn zu sofort gesucht.
 Joh. Falk, Rostock i. Mecklg.

Korbmacher auf alle Sorten runde Geschloßkörbe stellt sofort ein
 Georg Wicht, Rohrwarenfabrik, Eisleben.

Mehrere Korbmacher auf Geschloßkörbe gesucht.
 Wilh. Wacker, Bremen, Heerdentorsteinweg 43.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Bewaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 7. Oktober, bis Freitag, 13. Oktober 1916.
 A = Im Laufe der Woche besuchte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
 C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bau-tischler			Möbel-tischler			Maschinen-arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt				
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C		
Berlin	27	—	33	30	70	—	29	25	—	34	22	—	24	5	—	5	129	5	87	238	75	212	
Bremen	3	3	—	8	5	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	10	
Breslau	—	—	—	210	1	—	3	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	7	3	9	37
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Garmburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herrford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	43	42	36	67	183	—	42	36	13	38	30	11	27	5	5	—	5	158	25	105	339	281	233
Woch. Woche	52	32	37	59	17	—	31	32	13	29	32	17	40	6	4	—	5	139	30	108	320	271	230

NB. Unfreie Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.